

Welt der Wirtschaft

Es geht um mehr, als «nur» um die Steuern

Die Fakten: Nachdem die Schweiz ihre Hausaufgaben im Steuerbereich gemacht hat, wurde sie erfreulicherweise vor kurzem von der grauen Steuerliste der EU genommen. Die Freude wird leider stark getrübt, denn es droht Ungemach seitens der OECD – mit weitreichenden Konsequenzen..

Dass das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen, kurz SIF, in «höchster Alarmbereitschaft» ist, wurde inzwischen schweizweit zur Kenntnis genommen. Auch die kantonalen Finanzdirektorinnen und Direktoren haben sich zu den neusten Plänen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) verschiedentlich kritisch geäussert.

Am Anfang der Aufregung steht die Frage, wo die Unternehmens-Gewinne besteuert werden bzw. werden sollen. Ist es der Ort, wo die Gesellschaft den legalen Sitz hat, wo das Management arbeitet und die wichtigen Entscheidungen gefällt werden, wo die Risiken getragen werden, die Forschung getätigt, produziert wird oder wo der Absatzmarkt ist?

Operativ tätige Firmen setzen bislang auf das Prinzip, dass die Besteuerung dort erfolgt, wo die Wertschöpfung angesiedelt ist. Im Zuge der Diskussionen um eine Digitalsteuer sollen zukünftig die Umsätze von Amazon, Google etc. verstärkt am Ort des Konsums besteuert werden. Davon betroffen wären aber gemäss den aktuellen OECD-Vorstellungen auch ganz «normale» Schweizer Firmen, die ihre Produkte über ihre Konzernstruktur international vertreiben. Das entsprechende Projekt der OECD segelt zwar unter dem Titel «gerechte» Besteuerung. Am Ende geht es jedoch nur um etwas, nämlich die Umverteilung von Steuereinnahmen in die Staatskassen der grossen und mächtigen Länder.

OECD-Vorschläge schaden der Schweiz

Was die Umsetzung der OECD-Vorschläge bedeuten würde, kann am Beispiel der Schweizerischen Industrie-Zugpferde Roche und Novartis verdeutlicht werden. Bei Novartis fallen beispielsweise 2 % des Umsatzes in der Schweiz an, während dem 39 % der konzernweiten Gewinnsteuern an



39 Prozent der konzernweiten Gewinnsteuern von Novartis, im Bild der Campus in Basel, fliessen an den Schweizer Fiskus.

BILD ZVG

den Schweizer Fiskus fliessen. Dies stört andere Länder, obwohl hinter dieser Aufteilung nachweisbare wertschöpfende Arbeiten in der Schweiz stehen.

Die Umsätze der Basler Firmen würden nach Ansicht der OECD in Zukunft zu einem massgeblichen Teil im jeweiligen Absatzland besteuert, ohne dass dort wichtige Funktionen vorhanden sein müssen. Dies hätte weitreichende Auswirkungen auf den Entscheid, wo im Pharmabe-

reich die Mitarbeitenden tätig sein sollen. Wenn die Gewinne nicht mehr zum grossen Teil in Basel günstig besteuert werden, stellt sich die Frage, ob weiterhin so viele Mitarbeitende in der hochpreislichen Schweiz forschen, produzieren und die Unternehmensgeschicke leiten sollen. Es geht für die Schweiz somit nicht nur um die vom SIF geschätzten Steuerausfälle von bis zu fünf Milliarden Franken. Es geht vor allem auch um das Halten von

wertvollen Arbeitsplätzen in zukunfts-trächtigen Branchen.

Hoffen auf Verbündete

Dass die Dinge beim Alten bleiben, ist unrealistisch. Das OECD-Projekt ist erstaunlich zügig vorwärtsgekommen und schon weit fortgeschritten. Anfangs 2020 sollen bereits die technischen Details der Reformvorschläge vorliegen. Immerhin besteht eine gewisse Hoffnung, dass sich andere Kleinstaaten mit vergleichbarer Ausgangslage in ähnlicher Weise äussern. Hinzu kommt, dass auch grössere Industrienationen wie zum Beispiel Deutschland allmählich realisieren, was die OECD-Ansätze für sie bedeuten würden.

Kanton auf Vordermann bringen

Wenn davon gesprochen wird, man setze alles daran, dass die Umverteilung möglichst moderat ausfällt, geht es um Schadensbegrenzung, welche am Ende Teil eines Rückzugsgefechtes der Schweiz und weiterer kleiner Länder ist. Der Druck von bevölkerungsreichen Ländern wie Brasilien, China, Indien und Indonesien, ein grösseres Stück des Steuerkuchens zu erhalten, wird zunehmen. Aus diesem Grund ist damit zu rechnen, dass die Unternehmenssteuern nicht nur in der Schweiz mittel- bis langfristig an Bedeutung verlieren werden. Damit büsst die Schweiz in absehbarer Zeit einen bisher wichtigen Attraktivitätsfaktor ein.

Gerade deshalb ist es von zentraler Bedeutung, die Zeit bis zur Einführung der sich abzeichnenden neuen Steuerregeln vorausschauend zu nutzen, um den Wirtschafts-Standort Schweiz und den Kanton Schaffhausen weiter auf Vordermann zu bringen. Dabei geht es um die Frage, was notwendig ist, damit Firmen weiterhin operativ hier tätig sind. Effiziente Abläufe in den Firmen als auch in der Verwaltung, ein flexibler Arbeitsmarkt mit gut ausgebildeten Arbeitnehmenden, eine top Infrastruktur, Kreativität und offen sein für neue Produkte rücken damit stärker in den Vordergrund. Diese Diskussion frühzeitig und konsequent aufzunehmen, ist nicht nur wünschenswert, sondern eine Notwendigkeit. Es ist höchste Zeit, den anstehenden Herausforderungen ins Auge zu schauen.



Bernhard Klausner

Vizepräsident der IVS und Vorsitzender der IVS Steuer- und Finanzkommission.

Mein Fazit:

Die neusten OECD-Vorschläge im Steuerbereich gefährden nicht nur die schweizerischen Steuereinnahmen, sondern auch die hiesigen Arbeitsplätze. Diese Herausforderung muss mit konkreten Massnahmen vorausschauend angegangen werden. Nur so kann der Schaden in Grenzen gehalten werden.»